

Prüfungsfach	Examinator	Fragestellung	Antwort
Strafprozessrecht	Vicari	Nennen Sie mir die Bedeutung und Funktion des Anklagegrundsatzes nach der StPO.	Der Anklagegrundsatz ist in Art. 9 StPO normiert. Er besagt, dass die Staatsanwaltschaft nur wegen einer genau bestimmten Straftat gegen eine bestimmte Person bezüglich eines genau umschriebenen Sachverhalts Anklage erheben darf. Weiter bestimmt der Anklagegrundsatz die Trennung zwischen anklagender und richterlicher Behörde.
		Können Sie die Funktion des Anklagegrundsatzes noch etwas präzisieren?	Die beschuldigte Person muss genau wissen, welches strafrechtlich relevante Verhalten ihr vorgeworfen wird, damit sie sich entsprechend verteidigen kann. Mit der Anklageschrift wird auch der Sachverhalt fixiert. Das Gericht ist an den Sachverhalt gemäss Anklageschrift gebunden, kann jedoch einen Würdigungsvorbehalt geltend machen.
		Ist die Anklageschrift anfechtbar?	Nein, die Anklageschrift ist gemäss Art. 324 Abs. 2 StPO nicht anfechtbar.
		Was können Sie zum rechtlichen Gehör sagen? Ist dieses in der StPO irgendwo geregelt?	Das rechtliche Gehör ist ein verfassungsmässiges Recht und ist in Art. 3 Abs. 2 StPO statuiert. Art. 107 StPO regelt den Inhalt des Anspruchs auf rechtliches Gehör genauer: Dazu gehören das Akteneinsichtsrecht, das Recht, an Verfahrenshandlungen teilzunehmen, das Recht, einen Rechtsbeistand beizuziehen, das Recht, sich zur Sache und zum Verfahren zu äussern sowie das Recht, Beweisanträge zu stellen. Darüber hinaus gibt es noch weitere Teilaspekte des rechtlichen Gehörs.
		Kann das rechtliche Gehör eingeschränkt werden?	Ja. Die Voraussetzungen dafür sind in Art. 108 StPO geregelt. So kann das rechtliche Gehör eingeschränkt werden, wenn die Gefahr besteht, dass eine Partei ihre Rechte missbraucht oder die Einschränkung für die Sicherheit von Personen oder zur Wahrung öffentlicher oder privater Interessen erforderlich ist.
		Was sind die Folgen der Verletzung des rechtlichen Gehörs?	Die entsprechenden Handlungen sind nichtig, das heisst, dass die Verfügungen aufgehoben werden. Ausnahmsweise ist jedoch eine Heilung der Verletzung vor der Rechtsmittelinstanz möglich.

		<p>Was sind die Voraussetzungen für die Untersuchungshaft?</p> <p>Wo ist dies in der StPO ausführlich geregelt?</p> <p>Wer ist für den Erlass eines Strafbefehls zuständig, bzw. in wessen Kompetenz fällt dies?</p> <p>Was sind die Voraussetzungen für den Erlass eines Strafbefehls?</p> <p>Angenommen, die beschuldigte Person erhebt Einsprache gegen den Strafbefehl. Welche Funktion kommt dem Strafbefehl nun zu?</p> <p>Die Staatsanwaltschaft erlässt gegen Fritz einen Strafbefehl wegen grober Verletzung der Verkehrsregeln. Ist folgendes Beispiel als Sachverhaltsumschreibung in einem Strafbefehl ausreichend?</p> <p>Fritz ist am 12. Januar 2016 um ca. 15.30 Uhr auf der Autobahn A1 von Bern in Richtung Zürich gefahren. Infolge eines von Fritz vorgenommenen unvorsichtigen Überholmanövers - das zu einer Verkehrsbehinderung führte - kam es zu einer Kollision zwischen dem Fahrzeug von Fritz und weiteren Fahrzeugen.</p> <p>Ist eine Abänderung einer Anklageschrift möglich?</p>	<p>Die Untersuchungshaft ist eine Zwangsmassnahme (Art. 212 ff. StPO). Für die Untersuchungshaft braucht es einen dringenden Tatverdacht, d.h. die beschuldigte Person muss eines Verbrechens oder Vergehens dringend verdächtig werden. Zusätzlich braucht es einen Haftgrund wie Fluchtgefahr, Kollusionsgefahr oder die Gefährdung der Sicherheit anderer.</p> <p>Dies ist in Art. 221 Abs. 2 StPO geregelt.</p> <p>Für den Erlass eines Strafbefehls ist die Staatsanwaltschaft zuständig.</p> <p>Die Voraussetzungen sind in Art. 352 StPO geregelt. Für den Erlass eines Strafbefehls muss die beschuldigte Person den Sachverhalt eingestanden haben oder dieser wurde anderweitig ausreichend geklärt.</p> <p>Gemäss Art. 356 Abs. 1 StPO gilt der Strafbefehl nun als Anklageschrift. Es gilt das Akkusationsprinzip.</p> <p>Der Sachverhalt ist zeitlich genau umschrieben. Jedoch ist der Vorwurf der groben Verletzung der Verkehrsregeln zu allgemein umschrieben. Dieses Verhalten müsste noch genauer umschrieben sein.</p> <p>Grundsätzlich kann das Gericht die Anklageschrift nicht abändern. Das Gericht kann jedoch einen Würdigungsvorbehalt vorbringen.</p>
--	--	---	---

		<p>Anlässlich der Hauptverhandlung vor dem erstinstanzlichen Gericht kommt zum Vorschein, dass die beschuldigte Person noch weitere Delikte begangen hat. Wie geht das Gericht damit um?</p> <p>Können Sie mir den Ablauf einer erstinstanzlichen Hauptverhandlung erklären?</p> <p>Welchen Antrag würden Sie dem Gericht im nachfolgenden Beispiel stellen? Die Anklage lautet auf Mord, eventuell vorsätzliche Tötung. Ihr Klient bestreitet den Sachverhalt. Die Beweislage ist sehr ungünstig - für Ihren Klienten sieht es schlecht aus. Sie plädieren auf Freispruch und äussern sich deshalb nicht zur Strafzumessung.</p> <p>Ein weiteres Beispiel: Die Gerichtspräsidentin stellt zu Beginn der Hauptverhandlung fest, dass die beschuldigte Person nicht erschienen ist. Wie hat die Gerichtspräsidentin vorzugehen?</p> <p>Angenommen, im obgenannten Beispiel erscheint die beschuldigte Person doch noch, beantragt jedoch den Ausschluss der Öffentlichkeit. Kann sie das?</p>	<p>Das Gericht kann den Sachverhalt ausweiten, denn das Gericht nimmt an der Hauptverhandlung auch Beweise ab. Nach Art. 349 StPO kann noch eine Beweisergänzung erfolgen.</p> <p>Das Gericht eröffnet die Hauptverhandlung und gibt seine Zusammensetzung bekannt (Art. 335 StPO). Anschliessend können Vorfragen gestellt werden, die sogleich beantwortet werden. Zwischenfragen sind gemäss Art. 339 Abs. 4 ebenfalls möglich und sind wie Vorfragen zu behandeln. Nun stellt die Staatsanwaltschaft ihre Anträge. Danach wird das Beweisverfahren gemäss Art. 341 StPO durchgeführt, d.h. die Einvernahme von Personen. Nach dem Abschluss des Beweisverfahrens kommen die Parteivorträge (Art. 346 StPO). Am Schluss erhält die beschuldigte Person Gelegenheit für das letzte Wort. Danach zieht sich das Gericht zur Urteilsberatung zurück und verkündet sodann das Urteil öffentlich.</p> <p>Hier würde ich eine Zweiteilung der Hauptverhandlung nach Art. 342 Abs. 1 StPO beantragen.</p> <p>Die beschuldigte Person hat gemäss Art. 336 Abs. 1 StPO an der Hauptverhandlung persönlich zu erscheinen. Im genannten Beispiel kommen die Vorschriften über das Abwesenheitsverfahren zur Anwendung (Art. 336 Abs. 4 StPO). Konkret muss die Gerichtspräsidentin eine neue Verhandlung ansetzen.</p> <p>Gemäss Art. 70 StPO besteht diese Möglichkeit. Dies jedoch nur, wenn die öffentliche Sicherheit oder Ordnung oder schutzwürdige Interessen einer beteiligten Person, insbesondere diejenigen des Opfers dies erfordern. Eine Einschränkung der Öffentlichkeit kann auch bei grossem Andrang erfolgen.</p>
--	--	--	---

		<p>Wie sieht der Weiterzug eines erstinstanzlichen Urteils aus?</p> <p>Welche Kognition hat das Berufungsgericht?</p> <p>Ist die Privatklägerschaft ebenfalls zur Berufung legitimiert?</p> <p>Was können Sie zur Organisation der Strafabteilung des Obergerichts sagen?</p> <p>Was besagt das RIP-Verbot?</p>	<p>Gegen das erstinstanzliche Urteil kann Berufung gemäss Art. 398 StPO beim Obergericht erhoben werden. Hierzu erklärt die Partei zuerst, dass sie gegen das Urteil Berufung einlegt. Anschliessend muss das erstinstanzliche Gericht das Urteil schriftlich begründen. Die berufungsführende Partei hat anschliessend Zeit, innert 20 Tagen Berufung zu erheben und dabei zu erklären, welchen Teil des Urteils sie anfecht und welche Beweisanträge sie vor Obergericht stellt.</p> <p>Das Berufungsgericht überprüft das Urteil mit voller Kognition.</p> <p>Die Privatklägerschaft gehört zu den übrigen Parteien. Die Privatklägerschaft kann das Urteil nicht in allen Punkten weiterziehen. Art. 382 Abs. 2 StPO besagt, dass die Privatklägerschaft den Entscheid hinsichtlich der ausgesprochenen Sanktion nicht anfechten kann.</p> <p>Es gibt zwei Strafkammern die zur Beurteilung von Berufungen, Revisionsgesuchen und Beschwerden gegen Anordnungen des Zwangsmassnahmengerichts zuständig sind (Art. 29 des Organisationsreglements des Obergerichts). Weiter ist das Obergericht ebenfalls zuständig für Berufungen gegen erstinstanzliche Urteile des Jugendgerichts (Art. 40 JStPO).</p> <p>Dies bedeutet gemäss Art. 391 Abs. 2 StPO, dass die Rechtsmittelinstanz nicht zu Ungunsten der beschuldigten Person entscheiden darf, wenn diese das Urteil von der Rechtsmittelinstanz überprüfen lässt. Wird die beschuldigte Person beispielsweise vom erstinstanzlichen Gericht wegen vorsätzlicher Tötung verurteilt, so kann die Berufungsinstanz nicht einen Schuldspruch wegen Mordes erlassen. Vom RIP-Verbot gibt es jedoch Ausnahmen.</p>
--	--	---	--